

Bürgerbeteiligung: Neue Ansätze in Verwaltung, Politik

Erstmaliger Einsatz des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Planungszelle/Bürgergutachten“ in Sachsen-Anhalt unter wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule Harz

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb der bisher vorgesehenen Verfahren etwa durch das Baugesetzbuch gewinnt weiter an Bedeutung. Auch in Sachsen-Anhalt gibt es vielversprechende Ansätze moderner Bürgerbeteiligungsverfahren. Erstmals kam nun in Wernigerode das Bürgerbeteiligungsverfahren „Planungszelle/Bürgergutachten“ zum Einsatz (wir berichteten bereits in der Ausgabe 1-2013). Wissenschaftlich begleitet wurde die Erstellung des ersten Bürgergutachtens der Harzstadt von einem Forscherteam der Hochschule Harz und des nexus Instituts Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Birgit Apfelbaum, Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz. Am 10. Juni 2013 wurde das Bürgergutachten im Rathaus Wernigerode an den Stadtrat – vertreten durch Herrn Karl-Heinz Mänz, CDU –, den Oberbürgermeister Peter Gaffert (parteilos) und den Sprecher des Bürger-Bündnisses Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie, Wolfgang Dannheim, übergeben.

Auf Initiative des Bürger-Bündnisses Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie erhielten erstmals in Wernigerode Bürger die Chance, ihre Vorstellungen zur Stadtgestaltung mit Hilfe von zwei Planungszellen zu formulieren. „Vor zwei Jahren war das noch ein Traum – wir sind stolz auf das Gutachten, das unter sehr verbindlicher Beteiligung von Bürgern Wernigerodes zustande kam. Für uns ist

dies ein Start in eine neue Zeit“, so Wolfgang Dannheim. Man wolle damit nicht allein im Land bleiben und hoffe auf viele Nachahmer, sagt der Bürger-Bündnis-Sprecher weiter. „Mir ist sehr daran gelegen, dass sich viele Bürger für die Belange unserer Bunten Stadt am Harz engagieren. Die erarbeiteten Ideen und Ratschläge werden gemeinsam mit den Gremien des Stadtrates ausgewertet und in die weitere Planung einbezogen“, fasst Wernigerodes Oberbürgermeister Peter Gaffert zusammen.

Als Bürgergutachter erarbeiteten 24 über das Melderegister per Zufall ausgewählte Einwohner Wernigerodes in einem dreitägigen, von einem Moderationsteam der Hochschule Harz und des nexus Instituts unterstützten Prozess Mitte März 2013 Empfehlungen für die künftige Nutzung des Ochsensteichgeländes in Wernigerode. Das Areal, auf dem früher ein Sägewerk betrieben wurde, ist die letzte verbliebene Freifläche am Rand der Innenstadt und sorgt aufgrund der ungeklärten Nutzung seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich für Diskussionen in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Verschiedene Pläne scheiterten in der Vergangenheit, jüngst hatten Vorhaben von gleich zwei potentiellen Investoren das Thema erneut entfacht. Prof. Dr. Birgit Apfelbaum und Nicolas Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forscherteam der Hochschule Harz, erläutern: „Die Inhalte des Bürgergutachtens, bei

dem wir als Wissenschaftler Geburtshilfe geleistet haben, stammen von den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern, deren Beiträge wir in enger Anlehnung an deren eigenen Worte zusammengefasst haben, ohne unsererseits Wertungen einfließen zu lassen.“ Das Ergebnis belege eindrucksvoll, dass Bürger engagiert und kreativ zu Werke gehen und scheinbar unvereinbare Interessen sachorientiert in ein Gesamtkonzept überführten.

Nach einer Vor-Ort-Begehung, Expertenvorträgen und Gesprächen mit Vertretern aller Seiten hatten sich die 24 Bürgergutachter eine eigene unabhängige Meinung bilden können. Sie berieten stellvertretend für alle Bürger der Stadt, was aus dem Ochsensteichgelände werden soll. In zwei parallelen Planungszellen und jeweils elf verschiedenen Arbeitseinheiten gingen die Bürgergutachter der Frage auf den Grund, was die beste Nutzungsvariante für das Wernigeröder Ochsensteichgelände sei. In Kleingruppen, in denen die Besetzung nach dem Zufallsprinzip regelmäßig wechselte, fanden die Bürgergutachter Antworten auf die offenen Fragen und trugen diese anschließend in moderierten Runden zusammen. Laut derzeitiger Rechtslage hat das Bürgergutachten lediglich empfehlenden Charakter für politische Entscheidungen. „Noch brauchen wir Kommunen, die innovativ vorgehen für die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Wernige-



(v.l.n.r.): Wolfgang Dannheim, Sprecher des Bürgerbündnisses Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie, Karl-Heinz Mänz (CDU) als Vertreter für den Stadtrat, Wernigerodes Oberbürgermeister Peter Gaffert (parteilos), Bürgergutachter Peter Werner und Prof. Dr. Birgit Apfelbaum von der Hochschule Harz, die die wissenschaftliche Begleitforschung bei der Erstellung des ersten Wernigeröder Bürgergutachtens leitete.

Hochschulübergreifende Forschungskooperation

k und Zivilgesellschaft

Bürgergutachten
zur Nutzung des
Ochsenteichgeländes
Wernigerode



rode ist vorangegangen“, betont der wissenschaftliche Geschäftsführer des nexus Instituts Berlin, Dr. Hans-Liudger Dienel, abschließend.

Nach der Übergabe des Bürgergutachtens wird im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung durch das Forscherteam um Prof. Dr. Birgit Apfelbaum nun zu beobachten sein, wie die Empfehlungen durch die Stadträte Wernigerodes aufgegriffen werden und welche Schlüsse alle beteiligten Akteure für das zukünftige Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik aus ihren Erfahrungen mit dem Vorhaben am Standort Wernigerode ziehen.

Über das Verfahren „Planungszelle“

Das Bürgerbeteiligungsverfahren „Bürgergutachten/Planungszelle“ wurde in den 1970er Jahren von dem Wuppertaler Soziologen Prof. Peter Dienel entwickelt. Seitdem wird das Verfahren national und international in verschiedenen, gesellschaftlich

wichtigen Themenbereichen eingesetzt. Das Verfahren ist inhaltlich vorstrukturiert und jede Gruppe wird von einem Moderationsteam begleitet. Die Planungszellen sind in einzelne thematische Abschnitte gegliedert, in die verschiedene Referenten kurz einführen. Im Anschluss diskutieren die Bürger in Kleingruppen zu je fünf Personen verschiedene Aspekte. Dabei entwickelt jede Kleingruppe Vorschläge und Ideen, die anschließend der ganzen Gruppe vorgestellt werden. Als Abschluss der Planungszelle werden die Empfehlungen in einem Bürgergutachten zusammengeführt und Politik und Verwaltung vorgelegt.

Weitere Informationen und Kontakt:

Prof. Dr. Birgit Apfelbaum,
bapfelbaum@hs-harz.de

Download des Bürgergutachtens unter
<http://www.komoserv.info/index.php/Aktuelles>

Soziale Netzwerke werden immer stärker genutzt und sind – wie die „Jahrhundertflut“ im Frühjahr 2013 gezeigt hat – auch deshalb „sozial“ und von Vorteil, weil die zahlreichen freiwilligen Helfer sinnvoll vor Ort eingesetzt werden können. Das Forschungsvorhaben „Soziale Netzwerke in Katastrophensituationen“ will einen Schritt weiter gehen und näher untersuchen, ob soziale Netzwerke nicht unmittelbar zur Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden und Hilfebedürftigen in Notfällen eingesetzt werden können. Hier gilt es, entsprechende Szenarien zu beschreiben und auf die technischen sowie organisatorischen Voraussetzungen einer gezielten behördlichen Nutzung der Networks hin zu untersuchen. Das Vorhaben ist beim BMBF Förderprogramm „Zivile Sicherheit“ eingereicht worden und soll unter der Koordination von Prof. Peter Löffbecke, Fachhochschule Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, in Zusammenarbeit mit anderen behördlichen Partner und einem Fraunhofer-Institut durchgeführt werden. An der Hochschule Harz hat Prof. Dr. Wolfgang Beck (FB Verwaltungswissenschaften) die Verantwortung für die Untersuchung der rechtlichen Aspekte einer stärkeren Einbeziehung der sozialen Netzwerke übernommen. Neben der Recherche relevanter Gesetze stehen grundrechtsbezogene und datenschutzrechtliche Fragen im Vordergrund. Falls erforderlich, sollen auch Vorschläge zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen erarbeitet werden. Ob die hochschulübergreifende Forschungskooperation starten kann, wird sich bis Ende des Jahres entscheiden. Bis dahin erfolgt eine Entscheidung über den Förderantrag!

Prof. Dr. Wolfgang Beck, wbeck@hs-harz.de

